

Medienmitteilung

Thema	Voranschlag 2017/Hochrechnung 2018-20
Für Rückfragen	Franziska Schöni-Affolter (Fraktionspräsidentin), 079 518 58 74
Absender	Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 2436, 3001 Bern E-Mail be@grunliberale.ch , www.be.grunliberale.ch
Datum	25. August 2015

Schluss mit Pfründe- und Gärtchendenken in der kantonalen Finanzpolitik

Ohne Korrekturen drohen dem Kanton Bern in den kommenden Jahren neue Defizite und Schulden. Leider hat es der Regierungsrat heute weitgehend unterlassen, eine Strategie dagegen zu präsentieren. Für die Grünliberalen steht fest, dass das Pfründe- und Gärtchendenken im Kanton Bern endlich ein Ende haben muss: Sparmassnahmen beim Strassenbau, den ineffizienten Spital- und Verwaltungsstrukturen oder bei den Kirchen dürfen kein Tabu sein. Auch die diversen kantonalen Beteiligungen müssen kritischer hinterfragt werden. Grossrätin Franziska Schöni-Affolter meint: „Leider wird diese heisse Kartoffel der Sparmassnahmen weiterhin rumgereicht ohne einen ersten mutigen Schritt in Richtung eines effektiven Aufgabenverzichtes seitens des Kantons zu machen“.

Mit Steuerstrategie auf halbem Weg stehen geblieben

Die Grünliberalen erwarten von der Regierung eine Steuerstrategie, die den anstehenden Herausforderungen Rechnung trägt. Leider wird aber mit dem nun vorliegenden Vorschlag auf halbem Weg stehen geblieben. Der Kanton wird sich zwar mit dem Vorschlag des neuen zweistufigen Prinzips der reduzierten Gewinnsteuerbelastung im interkantonalen Wettbewerb ins Mittelfeld vorarbeiten, jedoch entspricht er nicht einem nachhaltigen Konzept für den Kanton. Es reicht nicht, das Preisschild der USR III rauszuhängen ohne Lösungsvorschläge zu unterbreiten, wie solche Herausforderungen im Kanton selbst gemeistert werden.

Das Augenmerk auf die Haushaltverschlechterungen werfen

Neben der Überprüfung der Aufgaben, müssen die Bereiche, wo effektive Verschlechterungen des Haushaltbudgets auf der Ausgabenseite auf uns zukommen, genau überprüft werden. Für die Grünliberalen ist sehr wichtig, dass zum Beispiel ein klares Augenmerk auf den schleichenden aber steten Mehrbedarf von stationären medizinischen Leistungen in der Akutsomatik geworfen wird. Hier gilt es zu schauen, welche Leistungen von unserer zunehmend älteren Bevölkerung zu Recht in Anspruch genommen werden (= nachfragegesteuert) und welche in gewissen Spitälern als Mengenausweitung alleine aus wirtschaftlichen Überlegungen (=angebotsgesteuert) vorgenommen werden. Stattdessen wird aber gemäss dem neusten Bericht der Versorgungsplanung 2016 kritiklos ein Mehrbedarf moniert.

Nettoinvestitionen

Die deutliche Eintrübung der finanzpolitischen Perspektiven wird auch Auswirkungen auf das Investitionsvolumen haben. Ab 2018 droht wegen des negativen Finanzierungssaldos eine Neuverschuldung, weil die Investitionen nicht mehr aus eigenen Mitteln bezahlt werden können. Dies gilt es zu verhindern. Anstehende Grossinvestitionen wie die grossen Strassenbauprojekte im Emmental und Oberaargau sind nochmals zu überdenken und vor allem zu redimensionieren. Es geht nicht an, dass Investitionen in die Zukunft, wie der Swiss Innovation Park in Biel, dadurch gefährdet werden.